

Pflegenotstand beenden!

In Bayern fehlen in den Krankenhäusern mehr als 12.000 Pflegestellen. Dafür gibt es mehrere Gründe, die seit Jahrzehnten bekannt sind. Allen voran die verfehlte Politik der Bundesregierung durch die Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf „Fallpauschalen“. Hier geht es nicht mehr um die Versorgung, sondern um den Profit vieler privaten Krankenhäuser. Mit weniger Personal, das dafür länger

arbeitet, ist logischerweise auch mehr Geld zu machen. Dieser Fakt sorgt dafür, dass das Pflegepersonal teilweise unter unmenschlichen Bedingungen arbeitet. Wir alle werden älter und benötigen vielleicht einmal Hilfe. Gesundheit und gute Pflege dürfen keine Ware sein, die vom Markt dominiert wird. Pflege ist ein Grundrecht, das sowohl den zu Pflegenden wie den

Pflegekräften humane Bedingungen garantieren muss. Deshalb läuft derzeit ein Volksbegehren gegen den Pflegenotstand in Bayern, das jetzt in die zweite Phase startet. Das Volksbegehren fordert mehr Personal im Krankenhaus und eine gute Versorgung.



Was ist die LINKE LISTE?



Die LINKE LISTE ist ein Bündnis aus verschiedenen politischen Organisationen und Einzelpersonen. Seit 2008 sind wir im Auftrag unserer WählerInnen im Stadtrat vertreten. Dort geben wir den Initiativen und Anliegen der BürgerInnen eine Stimme.

Die LINKE LISTE kämpft dafür, dass das Gemeinwohl der Maßstab aller Ent-

LINKE LISTE Nürnberg

Telefon: 0911 2 87 60 13
 buero@linke-liste-nuernberg.de
 www.linke-liste-nuernberg.de

Spendenkonto

LINKE LISTE Nürnberg,
 IBAN: DE77 7605 0101 0010 4662 09
 BIC: SSKNDE77XXX

Stichwort: Spende

scheidungen ist. Wir setzen uns für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung ein. Im März 2020 stehen neue Kommunalwahlen an. Es liegt in Ihren Händen, die LINKE LISTE Nürnberg im Stadtrat zu stärken. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme!

ViSdP: StR Marion Padua, Linke Liste, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg



Stadtratnews

aus der Arbeit der Linken Liste im und ums Rathaus

Gigantischer Reichtum in wenigen Händen

In Deutschland verfügt ein Prozent der Bevölkerung über ebenso viel Vermögen wie 87 Prozent. Die Fakten zeigen die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Im europäischen und internationalen Vergleich zählt Deutschland zu den Industrienationen mit der größten Vermögensungleichheit. (Quelle: Oxfam-Studien)



Stadträtin Marion Padua
 Seit 11 Jahren engagiert sie sich für soziale Gerechtigkeit im Stadtrat

Armes Nürnberg?

In Nürnberg sind 23 Prozent aller Menschen und 25 Prozent aller Kinder arm. Arbeit schützt nicht mehr vor Armut! Immer mehr Menschen können von ihrem Vollzeitjob oder ihrer Rente ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten.

Die Gründe liegen in den seit Jahrzehnten zu geringen Tarifierhöhungen; dem Ausbau der prekären Beschäftigung und den explodierenden Mieten.

Seit 2008 arbeiten ein Viertel aller ArbeitnehmerInnen im Niedriglohnssektor. Trotz Wirtschaftsboom und Einführung eines Mindestlohnes

bleib diese Zahl konstant (DIW-Studie). Ein Mindestlohn von nur 9,19 Euro ändert nichts an der prekären Lage der Beschäftigten. Weiter lässt sich feststellen, dass die Mittelschicht zunehmend kleiner wird und die Vermögenden immer reicher werden.

Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können! Dazu ist ein Mindestlohn von mindestens 12 Euro erforderlich, um seine Existenz menschenwürdig zu bestreiten.

Die Stadt als Vorbild?

Die Stadt als größte Arbeitgeberin in Nürnberg hat sich 2013 zu dem Kodex „Gute

Arbeit“ bekannt. Sie will sich ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, daher sollen befristete Beschäftigungsverhältnisse künftig die Ausnahme sein.

Die LINKE LISTE sieht hier noch Handlungsspielraum. Aufträge sollten z. B. nur an solche Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen und ihre Beschäftigten in der Sozialversicherung angemeldet haben.

Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

Ver.di hat für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Tarifierhöhung um acht Prozent in mehreren Stufen bis 2021 erkämpft. Die eine Million Landesbediensteten erhalten rückwirkend zum 1. Januar 2019 3,2 Prozent, mindestens jedoch 100 Euro pro Monat für jeden Bediensteten. Zu Jahresbeginn 2020 steigen die Löhne erneut um 3,2 Prozent und zu Jahresbeginn 2021 noch einmal 1,4 Prozent.

Pflegekräfte, ErzieherInnen oder MitarbeiterInnen im Sozialdienst wurden mit ihren KollegInnen bei den Kommunen gleichgestellt. Leider ist es in dieser Tarifrunde nicht gelungen, eine Ungerechtigkeit bei Lehrkräften aus der Welt zu schaffen: Viele sind (befristet) angestellt, machen die gleiche Arbeit wie ihre verbeamteten KollegInnen, bekommen aber deutlich weniger Gehalt.

TVöD auch für Lehrkräfte

Die Bildungsgewerkschaft GEW führt diese Forderungen jedoch weiter und befindet sich derzeit in Tarifverhandlungen mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern (KAV). Ziel ist, für alle angestellten Lehrkräfte bei Kommunen und privaten Trägern die TVöD-Entgeltordnung durchzusetzen. Die Lehrkräfte sind die einzige Be-

schäftigtengruppe, für die es im TVöD noch keine Eingruppierungsordnung gibt. Die LINKE LISTE hat in einem Solidaritätsschreiben an die GEW die Stadt Nürnberg aufgefordert, im Sinne der Gleichbehandlung einer Entgeltordnung zuzustimmen. Ein kommunales Schulwesen darf nicht zu Ungleichbehandlungen in der Entlohnung führen!

Solidarität mit den Beschäftigten!

Kaufhof und Karstadt: Im September 2018 hat die Eigentümerin Signa-Holding verkündet, dass Kaufhof und Karstadt fusionieren werden. Galeria Kaufhof kündigte die Tarifbindung und will 2.600 Vollzeitarbeitsplätze abbauen, das betrifft ca. 5.000 Beschäftigte, da viele in Teilzeit arbeiten.

Ver.di hatte bereits 2004 mit Sanierungs-Tarifverträgen zur Arbeitsplatzsicherung beigetragen. Der Verkauf der Kaufhäuser durch den Metro-Konzern an die Signa-Holding 2015 könnte nun dramatische Folgen für die Beschäftigten haben.

Ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger beurteilt die Situation: „Zurzeit hat man eher den Eindruck, dass das neue Unternehmen Galeria Kauf-

hof Karstadt kaputtgespart und die Existenzgrundlage von Zigtausend Beschäftigten ruiniert werden soll.“

Bertelsmann-Konzern droht mit Schließung von PRINOVIS:

Zum 30. April 2021 sollen 920 Beschäftigte in der Tiefdruck-Druckerei in Langwasser ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn es nach der Konzern-Mutter geht. Der Betriebsrat stellte auf der Betriebsversammlung

fest: „Wir arbeiten an modernsten Maschinen und sind bei den Stückkosten wettbewerbsfähig, die Entscheidung können wir nicht nachvollziehen.“ Betroffen wären meist MitarbeiterInnen, die seit Jahrzehnten dort beschäftigt sind, auch viele ältere.

Die LINKE LISTE erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten von Kaufhof, Karstadt und der Druckerei PRINOVIS. Das Wirtschaftsreferat ist aufgefordert, sich in die Verhandlungen für den Erhalt der Arbeitsplätze einzubringen.



Gute Arbeit + gutes Geld = GUTE LEISTUNG

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, in der nicht nur Profitinteressen durchgesetzt werden, sondern die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen für Krisen, Bankenrettung und Aktienzockerei, an deren Gewinnen sie nicht beteiligt waren. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen muss gerechter erfolgen. Prekäre Beschäftigung hat dazu beigetragen, dass Arbeit nicht mehr vor Armut schützt. Die Stadt muss Ini-

tiativen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze auf dem Nürnberger Arbeitsmarkt und im öffentlichen Bereich ergreifen und mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Neu geschaffene Arbeitsplätze nützen nur etwas, wenn sie tariflich entlohnt und sozialversicherungsspflichtig sind.

Damit die soziale Zerreißprobe ein Ende hat, benötigen wir dringend eine Korrektur der Agenda 2010-Politik.

Das Ziel lautet: Gutes Geld für gute Arbeit.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 12 Euro wäre heute nötig, damit man von seiner Arbeit leben kann und Altersarmut vermieden wird. Wir brauchen weiterhin eine Reform der gesetz-

lichen Rentenversicherung und eine gerechtere Steuerpolitik, um nur einige Bausteine zu nennen.

